

## Rezensionen

*Sociologus*, Nr. 53 (2): Macht, Situation, Legitimität, hg. von Julia Eckert, Erdmute Alber & Georg Elwert. Berlin: Duncker & Humblot 2003, 87 Seiten (S. 137-223)

Macht, so ist bei Max Weber in einer hier ganz zu Recht des öfteren bemühten Formulierung zu lesen, ist „soziologisch amorph“. Bekanntlich bedeutet dies noch lange nicht, es gelte nicht soziologisch über den Begriff der Macht zu debattieren – gerade die reichhaltige jüngere Literatur beweist das Gegenteil. Wie freilich die Beiträge dieses Schwerpunktheftes mit aller wünschenswerten Klarheit deutlich machen, hat diese Literatur schwerlich zur Klärung des Problems beigetragen. „Macht“ ist vielmehr, wie im knappen Herausgeber-Vorwort formuliert, gerade „in der Sozialanthropologie ... oft als eine Art Blackbox“ behandelt worden (139). Das vorliegende Schwerpunktheft soll einen Beitrag leisten, um vor dem Hintergrund empirischer Forschungsergebnisse diesem Zustand abzuweichen.

Dabei stellt sich sogleich ein Dilemma, vergegenwärtigt man sich die Probleme eines engen, am Modell der Übermächtigung orientierten Machtbegriffs in der Tradition Webers einerseits und eines weiten Konzepts andererseits, das im Anschluss an Foucault auf die Durchsetzung sämtlicher Lebensumstände mit „Macht“ abhebt. *Erdmute Alber* versteht dies als „Kontinuum“, an dessen einem Pol „Gewalt“ und „Konflikt“ – also letztlich *Handlung* – stehen, während der andere mit „Sozialstruktur“ bezeichnet wäre (145). Zunächst plädiert sie dann im Anschluss an Heinrich Popitz weiter für eine Präzisierung des von der Macht-Problematik zumindest in ihrer deutschsprachigen Version nicht ab-

lösbarer Weberschen Herrschaftsbegriffs im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung der „Prozesshaftigkeit der Institutionalisierung von Macht“ (148). Herrschaft wäre dann „partiell entpersonalisierte“, formal inhaltlich definierte Machtausübung in einem limitierten, nicht notwendig territorialen Herrschaftsbereich (149), die zusammen mit einem Verwaltungsstab den Staat konstituiert (147). Dies berührt jedoch nicht wirklich den Begriff der Macht selbst, sieht man davon ab, dass die „Koppelung von Macht und Herrschaft ... Institutionalisierungstendenzen“ überbewertet (151) und zentrale Aspekte, etwa auch die Intentionen und Strategien der „Machtunterworfenen“ (151) ausblendet. Aus unterschiedlicher Perspektive wurde in den letzten Jahrzehnten die „Macht der Schwachen“ thematisiert. „Das Bild einer einfachen Verteilung von Macht“ mit den Polen der Machthaber und der Unterworfenen (153) ist vor diesem Hintergrund unhaltbar geworden. Damit erscheint der Machtbegriff aber noch nicht ausgeschöpft. Unter Verweis auf das von Steven Lukes formulierte dreidimensionale Macht-Konzept lässt sich weiter das binäre Grundmuster der Machtbeziehung zugunsten der Thematisierung „sozialer Felder“ (154ff) erweitern, wobei freilich erneut die vor allem mit Foucault verknüpfte Problematik einer weitgehenden Entgrenzung des Macht-Begriffs aufgeworfen ist: Die Frage, „wo die Macht genau sitzt“ ist allenfalls zu beantworten „durch eine dichte Beschreibung, die andere Worte und Begriffe braucht als den der Macht selbst“ (156). Damit sind Webers Engführungen jedoch nicht erschöpft, denn dieser blendet auch mit der Beschränkung seines Macht-Begriffs allein auf die Modalität des Willens entscheidende Dimensionen aus. Freilich betont

Alber, dass solche diversen „Modalitäten von Macht“ (157ff) ihrerseits nicht binär konstruiert werden sollten, sondern wiederum „innerhalb sozialer Felder“ zu verorten wären. Diese sind zudem „viel-dimensional“ determiniert, wobei „die relationale Kontrollfähigkeit immer auf der Anerkennung der Machtressourcen durch die jeweilige Gruppe beruhen muss“. Dies wiederum eröffnet die Perspektive, „dass Macht nicht immer transitiv, als Übermächtigung anderer gedacht werden muss“, sowie ferner auf die potentielle Vielfalt der Macht-Ressourcen, die „insbesondere im Gesellschaftsvergleich“ eine große Bandbreite aufweisen (alles 158). Das betrifft für Alber auch die Bedeutung von Macht als „Willensaufzwingung“ im Weberischen Sinn, denn nicht unter allen Umständen erscheine „die Beeinflussung der Handlungsalternativen anderer“ als wichtig. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich die Fragen der Modalität von Macht allein aus emischer Perspektive klären (159), während Alber zuvor darauf insistiert hat, dass Fragen der Institutionalisierung von Herrschaft umgekehrt nur durch etische Kategorien, „analytische Trennschärfe und Vergleichbarkeit“ zu beantworten seien (162, vgl. 150). Zugleich verweist die Perspektiverweiterung durch den Blick auf unterschiedliche Modalitäten von Macht auch auf die Notwendigkeit, die oft implizite Annahme zu revidieren, bei Macht handele es sich unvermeidlich um ein Nullsummenspiel. Dies ist vielmehr jeweils situativ zu untersuchen, was Alber abschließend am „Fallbeispiel“ ihrer Forschungen im Borgu (Nord-Benin) erläutert.<sup>1</sup>

Demgegenüber schlägt *Artur Bogner* eine andere begriffliche Strategie ein. Er wendet sich zunächst gegen die Annahme, die Weberische Formulierung, der Macht-Begriff sei „soziologisch amorph“, indiziere Unklarheit, sowie weiter gegen die aus dieser Unterstellung resultierende Tendenz, diesen Begriff

etwa mit Foucault oder Lukes „noch weiter zu entgrenzen“ (170). Bogners Aufmerksamkeit richtet sich vielmehr im Anschluss an Norbert Elias auf den Umstand, dass „wechselseitige, aber asymmetrische Abhängigkeit“ (171) unter Bedingungen einer Verteilung von Macht-Ressourcen oder anders, „von begehrten und knappen Gütern“ nicht notwendig „materieller Natur“ entsteht und „Austauschbeziehungen“ konstituiert, „die der Situation des ökonomischen Monopols ... zumindest relativ ähnlich sind“ (172). Es kann also erheblicher Druck sehr unterschiedlicher Art ausgeübt werden, ohne dass dieser sich „auf physische Gewalt“ oder „auf politische Herrschaft“ reduzieren ließe (172). Weiter sieht Bogner den Vorzug der Analogie zu Monopolprozessen in der „Vielzahl von Akteuren“ und den „ausgedehnteren, raum-zeitlichen ... Kontext“ (172), wie er von Elias, aber auch von Popitz vorgezeichnet ist. Macht erscheint daher als „Gruppenphänomen“ (172) mit allen Konsequenzen der Integration und Disziplinierung zur Sicherung von „Handlungsfähigkeit“ (173). Bogner verweist dann auf die Bedeutung von Kommunikation und Information in der Perspektive von Gruppenbildung als Monopolisierungsprozess und spezifiziert dies wiederum im Anschluss an Elias mit den Prozessen der Abgrenzung und Selbstidentifizierung von Gruppen. Freilich scheint ihm ein zeitgemäßes Konzept der sozialen Gruppe deutlich über die *face to face*-Beziehung hinauszuweisen; dann aber lässt sich „aus Gruppenzugehörigkeit“ abgeleitetes „soziales Prestige“ (178) gut auf Kommunikationschancen und damit auf Muster der Inklusion und Exklusion beziehen.

Die neuere Debatte über kollektive Gewalt und ihr Verhältnis zur Macht nimmt *Volkmar Blum* kritisch unter Rekurs auf Hannah Arendts Konzept der Macht auf: Für Arendt ist Macht nicht – wie etwa für Weber, aber

auch für Popitz – Folge von Gewalt, sondern es handelt sich um zwei entgegengesetzte Pole: Gewalt zerstört die dem Gemeinwesen inhärente Macht. Diese Problematik erläutert Blum nun näher an den Erfahrungen des Bürgerkrieges in Ayacucho, Peru, der im Zusammenhang mit dem Aufstand des Sendero Luminoso während der 1980er und 1990er Jahre weit über 20.000 Todesopfer gekostet hat. Die verschiedenen Phasen dieses Konfliktes waren durch unterschiedliche Vorgehensweisen und Gewaltniveaus, aber auch durch deutlich unterschiedliche Legitimitätsdynamiken auf beiden Seiten gekennzeichnet: Die Legitimität, die die Aufständischen bei den Bauern wie auch in der liberalen Öffentlichkeit zunächst genossen hatten, erodierte, als sie auf den Terror der Armee ihrerseits mit eskalierender Gewalt antworteten. Umgekehrt wandte die Armee eine neue Strategie an, die es ermöglichen sollte, die neutrale Mehrheit der Bauern auf ihre Seite zu ziehen und in der die Gewaltanwendung deutlich zurücktrat. Dies gelang insbesondere mit der Organisierung von *Rondas Campesinas*, leicht bewaffneten lokalen Verteidigungskomitees, die „lokale Macht“ (191) repräsentierten, ja sie wurden „zum Akteur, der sich selbst ermächtigte“ (193). Damit wurde Sendero von lebenswichtigen Ressourcen abgeschnitten. Hier erscheint Gewalt demnach nicht als quasi selbstlaufender, sich beständig reproduzierender Prozess. Es kam nicht zu einem Automatismus der Entgrenzung, „sondern Gewalt wurde von Akteuren willentlich ent- oder begrenzt“ (193), ja es war selbst „den Dritten, den potentiellen Opfern ... möglich sich selbst zu ermächtigen“ und die gewalttätige Situation zu deeskalieren (194). Die Erfahrung der *Rondas Campesinas* unterstreicht zugleich Bogners Hinweis auf die Bedeutung von „Gruppen“ für eine sinnvolle Analyse von Macht. Freilich indiziert bereits die wenn auch leichte Bewaffnung der *Rondas* nicht

den von Arendt ins Auge gefassten polaren Gegensatz, sondern eine durch die mögliche Instrumentalisierung von Gewalt bestimmte, situativ je konkretisierte Relation: Gewalt „kann Macht stützen oder vernichten“ (195).

Wie diffizil gerade in diesem Feld die Übersetzungsprobleme sind, zeigt sich vielleicht im einzigen englischsprachigen Beitrag. *Steven Reyna* geht dem Verhältnis von *force*, *power* und *order* nach und reklamiert dabei eine „anthropologische“ Perspektive im Sinne von Franz Boas, d.h. er untersucht vorab durchaus differenziert die physiologischen Prozesse der Wahrnehmung und ihrer Umsetzung in Handlung, um daran die Problematik einer entsprechenden Hermeneutik anzuschließen. Vordergründig steht seine These, *power* sei ein Ergebnis von *force*, in offenkundigem Gegensatz zu Arendt, wenn man dies auf Gewalt und Macht beziehen will. Es zeigt sich jedoch, dass eher von Kraft oder Vermögen und Kompetenz die Rede ist, womit die aufwendige Argumentation letztlich ein wenig banal erscheint: Ich kann nicht recht einsehen, wie das Wissen darum, dass die Transformation von Sinnesreizen in Kognitionen und dieser wiederum in Handlungen in bestimmten Hirnregionen stattfindet oder wo das „prozedural-neuronale kulturelle Gedächtnis“ sitzt, weiterhelfen soll, um zu „verstehen“, warum bestimmte Menschen in bestimmter Weise reagieren, also etwa ein „Barma“ beim Anblick eines Löwen auf einen Baum klettert (217) – und schon gar nicht, was das alles mit Macht, Herrschaft oder Gewalt als sozialen Phänomenen zu tun haben soll. Es geht letztlich hier um „Kausalität“ (210). Dagegen gerät die unter den sonst in diesem Schwerpunktheft vertretenen Perspektiven höchst problematische, ausdrückliche Gleichsetzung von *force* und *coercion* (210) ganz aus dem Blick.

Die Beiträge von Alber, Bogner und Blum sind geeignet, diese Problematik in unter-

schiedlicher Weise voranzubringen. Das gilt gerade auch da, wo sie ausdrücklich nicht geschlossen argumentieren, sondern gelegentlich Themenbereiche eher additiv aneinanderreihen – ein deutlicher Hinweis auf die Notwendigkeit größerer Arbeiten, in denen systematischer vorgegangen werden könnte als dies im Rahmen eines Aufsatzes möglich ist. Ein solches Unternehmen müsste sich nicht zuletzt auch der unterschiedlichen empirischen Bezüge vergewissern, auf die Begriffs- und Theoriebildung Bezug nimmt. Alber hat dies angesprochen (159), lässt freilich die Konsequenzen aus der Verarbeitung grundlegend unterschiedlicher gesellschaftlicher Erfahrung letztlich offen.

*Reinhard Kößler*

**Anmerkung:**

- 1 Vgl. hierzu: Erdmute Alber, *Im Gewand von Herrschaft. Modalitäten der Macht im Borgou (Nord-Benin)*. Köln 2000, rezensiert in *PE-RIPHERIE*, Nr. 81/82 (2001).

Susanne Dansereau & Mario Zamponi: *Zimbabwe – The Political Economy of Decline*. Compiled by Henning Melber. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2005 (Discussion Paper 27), 43 Seiten

Die nun bereits über ein halbes Jahrzehnt währende offene politische und gesellschaftliche Krise in Zimbabwe muss weit über den Kreis derjenigen, die sich speziell für die Region des Südlichen Afrika interessieren, Anlass tiefer Besorgnis sein: Ein Vierteljahrhundert nach dem Sieg der Befreiungsbewegung gegen das Siedlerregime unter Ian Smith sind die Hoffnungen, die sich mit dieser Wendung verbunden hatten, bitter enttäuscht. Das Land hat nicht allein mit einer – von der Regierung Mugabe hartnäckig geleugneten – Hungersnot zu kämpfen, auch die Artikulationsmöglichkeiten der unzweifelhaft vor allem in den Städten stark ver-

ankerten Opposition werden systematisch beschnitten, und die Wahlen vom März 2005 haben einmal mehr gezeigt, dass die regierende ZANU-PF entschlossen ist, rücksichtslos ihre Machtstellung zu verteidigen. Das allein wäre Grund zur Klage und zu den verbreiteten Appellen, die sich vor allem an die benachbarten Regierungen und in erster Linie an die Südafrika richten, endlich ihren Einfluss geltend zu machen und die Krise nicht weiter eskalieren zu lassen. Wie man weiß, sind solche Forderungen bisher auf taube Ohren gestoßen. Radikale Gesellschaftsanalyse kann sich freilich mit Forderungen und Appellen nicht begnügen, und die hier zusammengefassten beiden Arbeitspapiere tragen erheblich dazu bei, die Ereignisse im Rahmen längerfristiger Prozesse verständlich werden zu lassen. Sie behandeln im Wesentlichen ähnliche Themen, zeichnen die Macht- und Interessenkonstellationen, politischen Projekte, Entwicklungsstrategien und Diskurse nach, die seit der Unabhängigkeit die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Zimbabwe bestimmt haben. Insbesondere wird deutlich, dass die augenblickliche Krise keineswegs dem finsternen Machtstreben oder dem Altersstarrsinn Mugabes entspringt, wie dies zuweilen in unseren Medien kommuniziert wird. Vielmehr betonen Dansereau ebenso wie Zamponi die internationale Dimension der gesamten Entwicklung. Diese reicht vom *Lancaster-House*-Abkommen, in dem 1980 ein historischer Kompromiss zwischen Befreiungsbewegung und Siedlerregime als Voraussetzung für die Beilegung des Unabhängigkeitskonfliktes verankert wurde, über die Interventionen des IMF, die seit Ende der 1980er Jahre entscheidend zum drastischen Rückgang der Realeinkommen, zur Geldentwertung und Deindustrialisierung sowie zum Zusammenbruch der vorhandenen staatlich organisierten Sozialsysteme beitrug, bis zu Verlautbarungen aus der An-

fangsphase der Regierung Blair in Großbritannien, die letztlich nicht unwesentlich die antiimperialistisch-panafrikanisch aufgemachte Demagogie des Regimes rhetorisch munitioniert hat. Weiter arbeitet vor allem Dansereau nachdrücklich heraus, dass in der gegenwärtigen „Sackgasse“ auch die Opposition, ungeachtet ihrer Resonanz vor allem bei den städtischen Massen, keine tragfähigen Lösungen zu bieten hat: Obwohl die *Movement for Democratic Change* aus der Gewerkschaftsbewegung hervorging, die sich angesichts der sozialen Krisenerscheinungen der 1990er Jahre zusehends von der Regierungspartei abgewandt hatte, hat sie weitgehend die politischen Rezepte des Neoliberalismus übernommen, die bereits wesentlich dazu beigetragen hatten, die anfänglich auf moderate Umverteilung und Wachstum („Growth with Equity“) orientierte Politik der ZANU-PF zugunsten eines strikten Austeritätskurses zu beenden. Die aktuelle Regierungspolitik bedient sich in dieser Konstellation eines Vokabulars, das an die früheren Positionen anknüpft – wenn auch mit deutlich verschobenen Perspektiven. Endlich wurde international wohl am meisten die Kampagne zur forcierten Enteignung weißer Farmer beachtet, und angesichts der symbolischen Bedeutung der Landfrage und des großen Gewichts der Landwirtschaft, gerade auch für den Export, ist dies auch nicht unberechtigt. Wie hier deutlich wird, war eine frühzeitige entschiedene Landreform nicht allein durch die engen Grenzen behindert, die ihr durch die Eigentums Garantien des *Lancaster-House*-Abkommens gezogen waren, sondern sehr bald auch durch ein Bündnis zwischen der neuen schwarzen politischen Elite und den kommerziellen Siedlerfarmern, das wiederum durch den Einfluss des IMF begünstigt wurde. In diesem Rahmen hielten die Farmer selbst an ihren Positionen fest und ver-

säumten ihrerseits, eine Lösung des erkennbaren Konfliktes angesichts einer krass ungleichen Landverteilung anzusteuern. Bei dem Schwenk, mit dem die Regierung ab 2000 auf ihre immer deutlicher zutage tretende Legitimationskrise reagierte und zu dem wesentlich die „fast track“-Landreform mit der Mobilisierung von „Veteranen“ gehörte, welche den Diskurs des antikolonialen Widerstandes (*Chimurenga*) neu aktualisierten, konnte sich das Regime auf diese ungelösten, schwerwiegenden Widersprüche stützen.

Die beiden Beiträge bieten so einen informativen, auch bibliographisch gut dokumentierten Einblick in die fortdauernde Krise und auch in die Diskussion zu ihrem Verständnis.

*Reinhart Kößler*

**Stuart Hall: *Ideologie, Identität, Repräsentation*. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg: Argument Verlag 2004, 236 Seiten**

Das allerorten diskutierte „Ende der multi-kulturellen Gesellschaft“ könnte ein Anlass sein, sich noch einmal einen mittlerweile zum Klassiker avancierten Theoretiker der *Cultural Studies* zu Gemüte zu führen. Stuart Hall ist nicht nur Dank seiner verschiedenen theoretischen Anleihen einer der meist gelesenen AutorInnen aus diesem Wissenschaftszweig. Bekannt ist er auch für sein Bemühen um eine Politisierung der bisweilen zu Konsumerberatung neigenden Disziplin. Nun ist der vierte Band seiner ausgewählten Schriften erschienen.

Darin stellt Hall den Multikulturalismus als umkämpfte Idee vor, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus verschiedenen Gründen ins Zentrum der politischen Debatte gerückt ist (191 ff). Nämlich erstens durch die Entkolonisierungs- und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, die zu

neuen Konstellationen innerhalb der alten und der neu gegründeten Nationen geführt haben; zweitens durch das Ende des Kalten Krieges und die Errichtung der „Neuen Weltordnung“, die neue soziale Probleme hervorgerufen hat, die wiederum in ethnischen Gewändern ausgetragen werden; und drittens durch die ökonomische Globalisierung, die mit vielen Formen der Enttraditionalisierung einhergehen. Hall konstatiert dabei, dass diese Prozesse von einer „subalternen Verbreitung der Differenz“ (195) begleitet werden. Er betont damit, dass die Anwesenheit der zuvor als „fremd“ kategorisierten auch immense Auswirkungen auf das „Eigene“ hat – und nicht nur den Druck zur Assimilation für jene auslöst. In drei Bereichen stellt Hall dann auch zersetzende Einflüsse durch die multikulturelle Frage fest (202ff). Sie verändere zum einen das Reden über Rasse und Ethnizität, zweitens das gängige Verständnis von Kultur und drittens stelle sie die Grundlagen des liberalen Staates in Frage. Ebenso wie auf die Erfordernis eines Rassismusbegriffes, der auch die Behauptung unüberwindbarer kultureller Differenzen umfasst, weist die multikulturelle Frage auf die Starrheit eines Kulturbegriffes hin, der Durchlässigkeiten und Vermischungen ausschließt. Entscheidend bei den gegenwärtigen Abgesängen auf die multikulturelle Gesellschaft scheint aber insbesondere der dritte Punkt zu sein: Ein radikal verstandener Multikulturalismus zeigt immerhin auf, dass der liberale Nationalstaat ethnisch keineswegs neutral agiert. Er hält seinen eigenen Anspruch nicht ein, wenn er einzelne oder Gruppen aufgrund ihrer „anderen“ Herkunft mangelnde Loyalität unterstellt oder sie per Ausländergesetz juristisch diskriminiert.

Hall kritisiert die ausschließende Seite ethnischer Identitäten und betont zugleich die

Unumgänglichkeit, mit der jede/r in sie verstrickt ist. Dass er daraus weder die Ablehnung aller Identitätspolitik ableitet, noch der naiven Rede von der Identität als Ressource frönt, ist ihm hoch anzurechnen. Identitäten, das sollte allerdings dazu gesagt werden, sind, entgegen allen essenzialisierenden Konzepten jeder Leitkultur, „Positionen, die das Subjekt ergreifen muss“ (173). Marxist genug, hält Hall dieses Ergreifen aber nicht einfach für einen Akt freien Willens. Denn gleichzeitig sind Ideologien am Werk, die uns positionieren. In gesellschaftlichen Diskursen über die multikulturelle Gesellschaft beispielsweise ist der prekarierte weiße Intellektuelle anders eingeschrieben als die kopftuchtragende, muslimische Putzfrau. Diese unterschiedliche Positionierung wiederum hat verschiedene Auswirkungen auf die individuellen Praktiken. Handlungen lassen sich dadurch allerdings ebenso wenig ableiten wie vorhersagen. Nur Parameter sind beschrieben und Handlungsräume definiert, die aber wiederum auf die Strukturen zurückwirken. Die imaginäre Beziehung, in der Menschen nach Marx zu ihren Existenzbedingungen leben, hat laut Hall reale Effekte. Bereits in den frühen 1980er Jahren hat Hall diesen Ideologiebegriff entwickelt, der in Auseinandersetzung mit Antonio Gramsci und Louis Althusser auch auf Erkenntnisse der Sprachtheorie zurückgreift. Gerade die Sammlung von Aufsätzen aus mehr als zwanzig Jahren macht neben einem recht beeindruckenden Themenrepertoire auch die Konsistenzen und Kontinuitäten von Halls Denken über die unterschiedlichen Fragestellungen hinaus deutlich.

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, dass das berühmte Kodieren/Dekodieren-Schema von 1977 nicht nur ein Modell der Mediennutzung war, als welches es später von anderen VertreterInnen der *Cultural Studies* aufgegriffen wurde. Vielmehr war es

als gesellschaftskritische Methode konzipiert. Die vereinfachende Vorstellung von einem Sender, der den trichterförmigen Empfänger mit Nachrichten versorgt, sollte dabei ebenso vermieden werden, wie die von der widerständig eigensinnigen Aneignung beliebiger Telenovelas. Vielmehr sollte die Produktion von Bedeutung zwischen Determinierungen und relativer Autonomie der RezipientInnen ausgemacht – und damit der „Politikbegriff hin zur Kultur“ (82) geöffnet werden.

Aber, wie Hall im Anschluss an Gramsci selbst sagt, Ideen werden nur dann wirksam, wenn sie mit einer bestimmten Konstellation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einhergehen. (31) Die sind gegenwärtig wohl weder stark genug, ein kommunikationstheoretisches Modell politisch zu lesen, geschweige denn eine radikale Vision des Multikulturalismus durchzusetzen. Multikulturalismus, folgert und fordert Hall, dürfe nicht nur eine Doktrin bleiben, die dem Leben etwaiger Minderheiten gewidmet ist und dieses bestenfalls zu verbessern trachtet. Darüber hinaus sollte er eine Strategie sein, „die mit der Mehrheitslogik radikal bricht“ (215) und die bisherige Konfiguration der Nation in Frage stellt. Dass die Mehrheit da lieber das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft und damit ihrer Konzepte konstatiert, verwundert wenig.

Jens Kastner

Rosa Amelia Plumelle-Urbe: *Weißer Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis*. Zürich: Rotpunktverlag 2004, 359 Seiten

Für Plumelle-Urbe ist es ein Skandal, dass die millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Rahmen der kolonialen Expansion Europas, der Errichtung und Konsolidierung der weißen Weltherrschaft, an Menschen anderer Hautfarbe begangen

wurden, niemals in ähnlicher Weise Aufmerksamkeit und Verurteilung fanden – von Entschädigung gar nicht zu reden – wie der Holocaust. Um dem zu entgegen sammelt sie über mehr als 300 Seiten Zeugnisse, die belegen, dass das eine nicht weniger scheußlich und verwerflich war als das andere. Das ist ziemlich beeindruckend und als Anklage völlig in Ordnung. Mit Analyse allerdings hat es leider herzlich wenig zu tun, weil der Autorin jegliche begriffliche Differenzierung abhanden kommt. Völkermord, Kolonialismus, Sklaverei ist für sie alles ein und dasselbe (bisweilen sind gar noch Rassismus, Folter und Konzentrationslager mit all dem identisch). Es ist aber nicht ein und dasselbe. Beim Völkermord der Deutschen an den Herero ging es zwar um Kolonialismus, nicht aber um Sklaverei. Sklaverei gewaltigen Ausmaßes gab es auch in den Silberminen von Laurion/Athen im 5. Jh. v. Chr. – mit Kolonialismus und Völkermord hatte dies jedoch kaum etwas zu tun (und mit Rassismus auch nicht); ebenso bei der Sklaverei am Hofe des Königs von Mali im 13. Jh. n. Chr.; und so weiter. Diese begriffliche Verwirrung ist deshalb so unglücklich, weil sich die Autorin damit im Furor ihres Zornes auch der Möglichkeit begibt, die *Konjunkturen* etwa von Sklaverei und Kolonialismus ursächlich zu analysieren. Der Kolonialismus beispielsweise erlebte seine Hochkonjunktur in einer Zeit, in der die Sklaverei zumindest in den Metropolen eher in der Krise steckte – aus Gründen, die vor allem mit der kapitalistischen Akkumulationsdynamik zu tun haben. Und auch der Kolonialismus kam irgendwann (nach 1945) in die Krise. Mag sein, dass er durch einen Neokolonialismus ersetzt wurde, der auch nicht besser ist. Aber anders ist er, und deshalb erfordert er andere Gegenstrategien. Nicht nur wer vom Faschismus, sondern auch wer vom Kolonialismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.

Gerhard Hauck

Wayne A. Cornelius, Takeyuki Tsuda, Philip L. Martin & James F. Hollifield (Hg.): *Controlling Immigration. A Global Perspective*. Zweite Auflage, Stanford, California: Stanford University Press 2004, 534 Seiten

Holk Stobbe: *Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Interne Migrationskontrollen und die Handlungsspielräume von Sans Papiers*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen 2004, 249 Seiten

Regierungen in aller Welt investieren an den Außengrenzen und im Innern immer mehr in Personal und Technologie, um illegale Einwanderung und illegalen Aufenthalt von MigrantInnen zu verhindern. Trotzdem nimmt die Zahl der undokumentiert Einreisenden zu – dies gilt für erklärte Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten ebenso wie für „unwillige“ Einwanderungsstaaten wie Japan. Auch in anderen Bereichen der Migrationspolitik, beispielsweise der Integrationspolitik oder der Befristung von Arbeitsverhältnissen, klappt eine Lücke zwischen verlautbarten Politiken und den tatsächlichen Entwicklungen. Die US-amerikanischen Migrationsforscher *Wayne A. Cornelius, Philip L. Martin* und *James Hollifield* prägten dafür in der 1994 erschienenen Erstauflage des Buches „Controlling Immigration. A Global Perspective“ den Begriff der „gap-Hypothese“. Die „Lücke“ besteht zwischen den öffentlich vertretenen Politiken und Maßnahmen zur Migrationskontrolle und der Realität massenhafter illegaler Migration. Die Internationale Arbeitsorganisation geht mittlerweile von einem Anteil irregulärer Migration in Höhe von 10 bis 15 % an der Gesamtmigration aus. Cornelius u.a. belegten ihre These mit zahlreichen Länderstudien der

unterschiedlichen Typen von Einwanderungsländern, klassische Einwanderungsländer (USA und Kanada), „widerständige“ Einwanderungsländer (Frankreich, Deutschland, Belgien, Großbritannien) und „Nachzügler“ (Italien, Spanien, Japan). Die Autoren kamen zu dem Ergebnis, dass sich die Industriestaaten in der Frage des Auseinanderklaffens von Politiken und Realität angleichen (Konvergenz-Hypothese). Die Gap- und Konvergenz-Hypothesen wurden in der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung in den Folgejahren breit rezipiert, zunehmend wurde die Frage nach dem (notwendigen?) Scheitern und den Nebenwirkungen von Migrationspolitik gestellt.<sup>1</sup> Das Buch von Cornelius u.a. trug auch zu der Debatte bei, inwiefern Nationalstaaten überhaupt (noch) in der Lage sind, Migration zu steuern, oder ob beispielsweise globale ökonomische Entwicklungen die Souveränität von Nationalstaaten unterminieren. Mittlerweile gelten die Hypothesen von Cornelius u.a. eher als unstrittige Zustandsbeschreibungen denn als Hypothesen im eigentlichen Sinn oder als Provokation (siehe ihre eigene Einschätzung in der Neuauflage, S. 4f).

Zehn Jahre nach dem Erscheinen dieses Standardwerks der Migrationsforschung legen die Herausgeber nun eine zweite, völlig überarbeitete Auflage vor. Die Anschaffung der Neuauflage lohnt sich durchaus, da sich wesentliche Teile des Buches verändert haben: Es enthält neue Länderstudien zu Australien, den Niederlanden und Südkorea (dafür ist die zu Belgien weggefallen), zum Teil eine veränderte Autorenschaft (Kanada, USA, Japan) und eine Neukonzeption und Aktualisierung der meisten Länderkapitel, der theoretisch-konzeptionellen Einleitung, die eine Einschätzung der Diskussion der letzten zehn Jahre umfasst, sowie fast ausschließlich neue Kommentare zu den

Länderstudien. Noch stärker als die Erstauflage hat das Buch einen hohen Gebrauchswert: Zu allen Länderbeispielen werden die wichtigsten historischen Trends der Migrationspolitik systematisch benannt, die Kapitel enthalten Übersichtskarten und grundlegende Daten, eine theoriegeleitete Diskussion der Eingangshypothesen sowie im Anschluss ein oder zwei Kommentare, in denen andere LänderexpertInnen die Perspektive der Hauptautoren zuspitzen oder andere Erklärungen zur Diskussion stellen. Das Buch ist somit kein Sammelband im herkömmlichen Sinne. Vielmehr arbeiten sich alle Länderstudien an den für die Diskussion der Hypothesen zentralen Bereichen ab. Die Einleitung von *Wayne A. Cornelius* und *Takeyuki Tsuda* vermag es, dem vergleichenden und generalisierenden Anspruch gerecht zu werden und ein Instrumentarium zur Messung der „gaps“ vorzuschlagen.

In jedem Kapitel werden die gewählten Maßnahmen der Migrationskontrolle benannt und in ihrem Kontext begründet: erstens für die Überwachung und Kontrollen an den Grenzen und die Offenheit des Staates für Asylsuchende und Flüchtlinge, zweitens interne Migrationskontrollen (Arbeitsmarktkontrollen, Wohnungsmarkt, Meldewesen, Sozialleistungen, Beschulung von Kindern undokumentierter MigrantInnen etc.), drittens die Integrationspolitik und Aufenthaltsperspektive von legalen MigrantInnen und viertens die öffentliche Meinung und die öffentliche Vermittlung der Migrationspolitik. Für alle behandelten Länder, mit Ausnahme Kanadas und zum Teil Australiens, werden deutliche Lücken zwischen der offiziellen Politik und der Realität festgestellt. Die Gründe für die fortwährende und sich zum Teil verschärfende Diskrepanz sehen die Autoren in mehreren Punkten: Beispielsweise behalten einige Regierungen Maßnahmen bei, die erwiesenermaßen erfolglos sind, weil sie

als erfolgreich gelten, und die Regierungen nicht den Eindruck erwecken möchten, ihre Maßnahmen seien gescheitert. Andere Regierungen tolerieren die Diskrepanzen, weil es innergesellschaftlich oder selbst in den Regierungen und Staatsapparaten widerstreitende Interessen gibt, beispielsweise ein starkes Interesse an billigen und rechtlosen Arbeitskräften. Diese Regierungen werden nur symbolische (z.B. nicht während der Erntezeit in der Landwirtschaft) und ineffektive Kontrollmaßnahmen einführen. Letztendlich kommen Cornelius u.a. zu dem Schluss, dass alle Bemühungen um eine Kontrolle von Migration begrenzt sind: „Marktkräfte und Demographie – nicht die Interventionen von Regierungen – werden im 21. Jahrhundert die stärksten Determinanten der internationalen Migrationsdynamiken sein“ (43).

Faszinierend und bislang in der Migrationsliteratur kaum diskutiert ist die Fallstudie zu Südkorea, dem wohl einzigen Industrieland, in dem die illegale Migration die legale deutlich übersteigt (80 % zu 20 %): eigentlich ein klarer Beleg der Gap-Hypothese. Dennoch kommen die Autoren *Dong-Hoon Seol* und *John Skrentny* zu der überraschenden Bewertung, dass dem nicht so sei: Südkorea hat gar nicht zum Ziel, illegale Migration zu verhindern. Es gibt im „fragmentierten Staat“ Akteure (das Justizministerium und die Lobby der Klein- und Mittelunternehmen), die die Einreise billiger Arbeitskräfte befürworten, aber dauerhafte Einwanderung (so gibt es keinerlei Regelungen zum Familiennachzug) und eine Multikulturalisierung der Gesellschaft verhindern wollen. „Nach diesen Zielen bewertet ist die koreanische Politik ein Erfolg, es gibt keine ‘Lücke’ und die Einwanderung wird bis zum gewünschten Grad kontrolliert“ (482). Die Analyse von Seol und Skrentny stellt einen erfrischenden Abschluss des Buches dar, weil im Abarbeiten der Kriterien zum Nachweis

der „Lücke“ die Tendenz besteht, zu sehr Politiken zu evaluieren und davon auszugehen, dass Regierungen tatsächlich zum Beispiel illegale Migration verhindern wollen. Das südkoreanische Beispiel führt die Perspektive weg vom Staat, hin zu den MigrantInnen. Es macht deutlich, was es für MigrantInnen bedeuten kann, wenn es zu einer Kongruenz zwischen Zielen und Politiken kommt: etwa, dass es keinerlei Möglichkeiten des Familiennachzugs gibt, Hundertausende ungesicherte PraktikantInnenvisa anstatt Arbeitsverträge vergeben werden und quasi keine dauerhafte Einwanderung nach Südkorea möglich ist. Der instrumentelle Gehalt dieser „erfolgreichen“ Politiken über Menschen wird deutlich.

Ähnlich stellt sich der Fall Australien dar. *Stephen Castles* und *Ellie Vasta* kommen zu dem Ergebnis, dass die australische Regierung weitestgehend erfolgreich darin ist, die verlaubliche Politik und Politikergebnisse in Übereinstimmung zu bringen. Aber ist die erfolgreiche Politik zugleich eine „gute“ Politik?

Insofern lässt sich für das Ausgangsinteresse des Buches kritisch fragen, ob tatsächlich die (Konvergenz der) „Lücken“ das Interessante am Vergleich von Migrationspolitiken sind oder nicht eher ein Vergleich der Inhalte und der (unintendierten) Folgen dieser Politiken. Die Herausgeber und die AutorInnen des Buches explizieren diese problematische Perspektive des Forschungsansatzes nicht, thematisieren aber in den Fallstudien den – nicht neuen – Trend der Einschränkung von Rechten für MigrantInnen und die einseitige Konzentration auf die Verhinderung von Migration. Insofern bleibt nach Lektüre des rundum zu empfehlenden Buches die Einsicht in die unterschiedliche (Dys-)Funktionsweisen von Migrationspolitiken und ihren Triebkräften.

Eine andere neue Veröffentlichung widmet sich einem Aspekt der von Cornelius u.a. bearbeiteten Migrationskontrollpolitik: internen Migrationskontrollen zur Verhinderung illegalen Aufenthaltes und illegaler Erwerbstätigkeit von MigrantInnen. *Holk Stobbes* Arbeit „Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten“ nimmt im differenzierten Zweiländervergleich die „Gap- und Konvergenz-Hypothese“ zum Ausgangspunkt, um zu fragen, welche Handlungsspielräume undokumentierte MigrantInnen haben und wie diese zu erklären sind. Diese Perspektive ist in dreierlei Hinsicht wichtig: Zum einen wird unter Migrationskontrolle zuallererst die Grenzkontrolle verstanden; zweitens wurde bislang die Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen wenig systematisch untersucht; drittens fragt der Autor, wie MigrantInnen mit den zunehmend restriktiven Migrationskontrollen umgehen bzw. sie umgehen. Dazu hat Stobbe unter anderem Interviews mit staatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen sowie mit undokumentierten MigrantInnen durchgeführt. Er argumentiert in Anlehnung an die Typisierung von Wohlfahrtsstaaten, dass undokumentierte MigrantInnen in den Vereinigten Staaten aufgrund der liberalen (wohlfahrts-)staatlichen Tradition deutlich mehr Freiheitsgrade haben als im etatistisch-bürokratisch geprägten Deutschland. Dabei bestreitet er die These des Kontrollverlustes von Nationalstaaten und präzisiert sie dahingehend, wie und welche Kontrollen (nicht) stattfinden. Entscheidend für die Handlungsspielräume ist somit weniger die Migrationspolitik, die sich im Sinne der Konvergenz-Hypothese tatsächlich angleicht, als die Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken sowie die „Politik der inneren Ordnung“ (5), also Polizei-, Kontroll- und Meldepraxen. Stobbe untersucht systematisch die unterschiedlichen Formen der Kontrollen: durch die Polizei,

den Zugang zum Arbeitsmarkt, im Rahmen der Gesundheitsversorgung, Meldeauflagen und Wohnungswesen sowie die Praxis in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Am Schluss der Arbeit führt er die Ergebnisse beider Länder zusammen. Er weist überzeugend Differenzen nach, wie zum Beispiel die Wahrnehmung von Polizeikontrollen durch undokumentierte MigrantInnen: Die in den USA interviewten MigrantInnen betonten, keine oder kaum Angst vor Polizeikontrollen zu haben, sie würden sogar Diebstahl oder Ähnliches zur Anzeige bringen. Die Polizei sei dazu da, den MigrantInnen bei Unrecht zu helfen. Die deutschen MigrantInnen hingegen äußerten alle große Angst vor Kontrollen, sie würden sogar die Straßenseite beim Erblicken eines Polizisten wechseln. Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Stobbe zeichnet nach, dass die Kriminalitätsbekämpfung und Prävention für die lokale Polizei in den USA an oberster Stelle steht. Die lokale Polizei hat daher kein Interesse daran, zu Maßnahmen der Migrationskontrolle verpflichtet zu werden. Diese liegen vielmehr in der Kompetenz der Grenzpolizei. In Deutschland hingegen führt jeglicher Kontakt mit der Polizei zur Überprüfung der Aufenthaltsgenehmigung, egal ob die MigrantInnen Opfer, Verdächtige oder Zeuginnen einer Straftat oder zufällig kontrollierte sind. Die Bekämpfung undokumentierten Aufenthaltes wird von der deutschen Polizei hoch gewichtet. Ähnliche Differenzen führt der Autor auch für die anderen Bereiche interner Migrationskontrollen aus.

Der große Gewinn der Lektüre des Buches ist somit, die oftmals mit großem Stauen zur Kenntnis genommenen landesspezifischen Unterschiede im Umgang mit undokumentierten MigrantInnen historisch und politisch zu erläutern. Das Buch wäre jedoch runder und weniger redundant, wenn der Vergleich nicht erst nach den zwei Blöcken

der Länderstudien relativ knapp am Ende des Buches käme, sondern in die Analyse der unterschiedlichen Kontrollebenen von vornherein integriert worden wäre.

Ein allgemeines Problem der Forschung in dem aktuell politisch umkämpften Feld der Migrationskontrollen – dies gilt vergleichbar auch für den oben besprochenen Band von Cornelius u. a. – scheint darin auf, dass sich der Leserin bei der Lektüre der Fallstudie zu den Vereinigten Staaten unwillkürlich, aber in regelmäßigen Abständen die Frage stellte, ob die größeren Freiheitsgrade tatsächlich auch für die Zeit nach den Terroranschlägen am 9. September 2001 Gültigkeit besitzen. In der Schlussbetrachtung greift Stobbe diese Frage auf und argumentiert, dass sich an der grundlegenden Ausrichtung der Politik auch in Zukunft nicht viel ändern werde, weil die verschärften Maßnahmen keinen Kurswechsel der US-Kontrollpolitik markierten und die Politik auch schon vor 2001 anti-liberale Züge trug. Die entscheidenden Faktoren für die Handlungsspielräume – die liberale Tradition, die innergesellschaftliche Interessenskonstellation und das starke zivilgesellschaftliche Engagement für undokumentierte MigrantInnen – besäßen hingegen eine relativ große Dauerhaftigkeit (214-216). Eine deutlichere Diskussion über die Stabilität der Faktoren, die zu den größeren Handlungsspielräumen für undokumentierte MigrantInnen führen, wäre auch schon für die Analysen der Kontrollebenen bereichernd gewesen.

*Helen Schwenken*

#### **Anmerkung**

- 1 Vgl. dazu Castles, Stephen (2005): „Warum Migrationspolitiken scheitern“. In: PERIPHERIE 97/98. Weltmarkt für Arbeitskräfte, Münster, S. 10-34

Clayborne Carson: *Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren*. Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution 2004, 638 Seiten

Die Geschichte der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA ist geprägt von gewaltfreien Aktionen und zivilem Ungehorsam. *Sit-In* und *Teach-In* sind hier erfunden worden, und die ein oder andere Busfahrt in den Südstaaten hat es zu mehr Furore gebracht als so mancher *Riot* ein paar Jahre später. Dennoch ist die Geschichte der Organisationen, die diesen Widerstand gegen die rassistische Unterdrückung gebündelt und getragen haben, im deutschsprachigen Raum bisher nicht erzählt worden. Die Faszination für die militanten Gruppen wie die *Black Panther Party* hat hier auch das Publikationswesen bestimmt, obwohl – und das glaubt man Clayborne Carsons gerne – die gewaltfreien AktivistInnen mindestens ebenso schlagfertig waren – und dazu besser organisiert, antiautoritär strukturiert und massenkompatibler.

Carsons Studie beschreibt die Geschichte des afro-amerikanischen Aufbruchs der 1960er Jahre anhand des *Student Nonviolent Coordinating Committee* (SNCC). Er schildert den Beginn einer Bewegung, deren Aktivismus sich auf Gandhis Gewaltlosigkeit bezieht, die sich in ihren Werten jedoch kaum vom US-Mainstream absetzte: Eher Langsamkeit als Richtung der allgemeinen Veränderungen wurden kritisiert (54). Die Radikalisierung wurde aus der Sicht Carsons nicht durch Autorität und Charisma radikaler Einzelner ausgelöst (MLK, Malcolm X), die eine aktive Masse hinter sich zu scharen wussten, sondern die Bewegung selbst war es, die die einzelnen inklusive ihrer späteren Anführer radikalisiert hat. Die Entwicklung von der Anti-

Segregation über die Bürgerrechtsforderung zu *Black Power* und zum schwarzen Nationalismus erscheint in Carsons Perspektive nicht wie eine logische Radikalisierung, sondern als ein widersprüchlicher, umkämpfter Prozess.

Als das SNCC sich ab Mitte der 1960er Jahre gegen den Vietnam-Krieg engagierte, geschah das nicht mehr nur „vor dem Hintergrund eines Bekenntnisses zur Gewaltfreiheit“ (349), sondern war durchaus anti-imperialistisch motiviert. Dennoch war das Bündnis mit linksradikalen Weißen ein sehr labiles, denn die kulturellen Grundlagen des Rassismus wurden von diesen nur selten thematisiert.

Die ersten separatistischen Stimmen innerhalb des SNCC stellten diesen wiederum vor eine Zerreißprobe zwischen aktionsbezogenem Kampf und der Entwicklung nationalistischer Werte (360). Diesen Konflikt schildert Carson sehr ausführlich am Beispiel der Auseinandersetzungen um den scheinbar so griffig einfachen „Black Power“-Slogan. Verhinderte dieser eine klassenbasierte Bündnispolitik mit weißen Liberalen, war er doch nicht dazu geeignet, die schwarze *Community* zu einen: Zum einen als Aufruf zur bewaffneten Ermächtigung gegen das System interpretiert, konnten sich auch „schwarze Kapitalisten“ damit identifizieren. (411ff.)

Der Weg von den massenhaften, gewaltfreien Aktionen, die in den Südstaaten der frühen 1960er Jahre ihren Höhepunkt erreichten, hin zum Streit zwischen kulturellen NationalistInnen und BefürworterInnen den bewaffneten Kampfes erscheint so eher als ein langsamer Niedergang denn als selbstbewusster Aufstieg, als der er ansonsten meist rezipiert wurde und wird. Während der über Klassengrenzen hinaus vorhandene Wunsch, der Unzufriedenheit in Massenaktionen Ausdruck zu verleihen, Basis für das Engagement und die Erfahrung der SNCC-AktivistInnen war, habe er, so Carson, von den spontanen und militanten Aufständen der späten 1960er

nicht befriedigt werden können. (518) Die Balance zwischen individueller Rebellion und organisierter, kollektiver Aktion habe aber zu diesem Zeitpunkt auch das SNCC nicht mehr zu Stande gebracht.

Carson beschreibt die Geschichte des SNCC quasi als Urgeschichte neuer sozialer Bewegungen: Denn diese Studie offenbart schon Dilemmata, mit denen bis zur globalisierungskritischen noch alle relevanten sozialen Bewegungen zu kämpfen hatten: lokale Aktionen oder nationale Perspektive, medienwirksame Führer oder konsequente Basisdemokratie, Konfrontation mit den Verhältnissen oder Aufbau eigener Alternativstrukturen, inhaltliche Vielfalt oder Einheit als Schwäche oder Stärke, Klassen- oder Identitätspolitik – fehlen eigentlich nur die Geschlechterfragen. Was Carson für die Mitte der 1960er Jahre annahm, könnte somit ganz allgemein auch heute noch eingeklagt werden, nämlich die Geschichte des SNCC „als einen Fundus der Inspiration und der Erfahrung für die Neue Linke zu betrachten“ (327).

*Jens Kastner*

**Cedric Thornberry: *A Nation Is Born. The Inside Story of Namibia's Independence*. Windhoek: Gamsberg Macmillan 2004, 412 S.**

Man mag geteilter Meinung darüber sein, ob es sinnvoll ist, das Erreichen staatlicher Unabhängigkeit mit der „Geburt“ einer Nation gleichzusetzen. Unzweifelhaft aber markiert der 21. März 1990, das Datum der Unabhängigkeit Namibias einen wichtigen Einschnitt in den internationalen Beziehungen: die Beendigung einer jahrzehntelangen, auf unverkennbarem Rechtsbruch beruhenden Anomalie, der faktischen Annexion des ehemaligen Mandatsgebietes durch Südafrika, und zugleich den erfolgreichen Abschluss einer in dieser Form wohl einzigartigen, dennoch in

mancher Hinsicht zukunftsweisenden Aktion der UN. Dies bildet auch die Perspektive Thornberrys, des langjährigen Bürodirektors von Martti Ahtisaari, der während der 12 Jahre von der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 1978 bis zum formellen Abschluss des Unabhängigkeitsprozesses als Sondervertreter des UN-Generalsekretärs für Namibia für Vorbereitung und Durchführung der UN-Mission in diesem Land verantwortlich war.

Thornberry betont durchgehend den innovativen Charakter der Mission der *UN Transition Assistance Group* (UNTAG), deren operative Phase in die Schlusstape des Kalten Krieges fiel und der sich damit auch neuartige Handlungsmöglichkeiten eröffneten. Daraus ergeben sich nach Meinung des Autors auch einige Lehren für spätere *Peace-keeping*-Missionen. Innovativ war seinerzeit jedoch vor allem die zahlenmäßige Größe des Unternehmens ebenso wie die Verknüpfung einer ganzen Reihe unterschiedlicher Funktionsbereiche: operatives Militär, Militärbeobachter, Polizei, ziviles Personal in zehn unterschiedlichen Regionen, Wahlbeobachter sowie die neben administrativen Aufgaben mit ständigen Verhandlungen mit der weiter agierenden südafrikanischen Verwaltung ebenso wie mit den namibischen politischen Akteuren befasste Zentrale in Windhoek; hinzu kam die Mission des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (vgl. 183f).

Der Autor berichtet über seine Erfahrungen aus der Perspektive des rastlos „vor Ort“ Tätigen, der sich vor allem durch die UN-Bürokratie in New York und deren Kalküle beständig neuen Barrieren gegenüber sieht. Dies gilt insbesondere für die mangelhafte Vorbereitung der Mission, die nach dem Übereinkommen zwischen Angola, Südafrika und Cuba kurz vor Jahresende 1988 begonnen hatte und beim offiziellen Beginn zum 1. April 1989 noch keineswegs abge-

schlossen war. Tragische Bedeutung gewann dieses Datum freilich durch die unmittelbar zu diesem Zeitpunkt im Norden Namibias einsetzenden Kämpfe zwischen Abteilungen der *People's Army for the Liberation of Namibia* (PLAN), die sich dem Abkommen zufolge nördlich der Grenze in Angola sammeln und dort überwacht werden sollten, sowie südafrikanischem Militär und Polizei einschließlich der berichtigten *Koevoet*, die teilweise aus diesem Anlass mit Zustimmung der UNTAG-Führung remobilisiert wurden. Thornberry, der den Anlass der Vorfälle, das Auftreten der PLAN eindeutig Kommunikationsfehlern oder gar abenteuerlicher Taktik auf Seiten der SWAPO-Führung zuschreibt, hält die eigene Handlungsweise für gerechtfertigt, zögert jedoch nicht, die südafrikanischen Akteure zu beschuldigen, sie hätten angesichts anderer Möglichkeiten für ein „Massaker“ (139) optiert.

Die Überwindung dieser existenziellen Krise der UNTAG-Mission darf als besondere Leistung gelten. So wie Thornberry sie nachzeichnet, wurde sie letztlich nur möglich durch landesweite massive Präsenz von UNTAG, aber auch durch das beständige Insistieren ihrer Führungsspitze gegenüber dem südafrikanischen Generaladministrator Pienaar und den ihm nachgeordneten Behörden. Gerade im Vorfeld von Wahlen, die dem Anspruch „frei und fair“ genügen sollten, spielten dabei die Massenmedien, zumal der Rundfunk, sowie die Polizei als Ordnungs- und Repressionsmacht eine entscheidende Rolle. Vor allem im Hinblick auf diese Bereiche enthält das Buch detaillierte Darstellungen, die teilweise Tag für Tag einzelne Schritte und Ereignisse nachvollziehen lassen.

Insgesamt nimmt Thornberry für UNTAG das Verdienst in Anspruch, die Lage im Land bis Mitte des Jahres stabilisiert und zugleich auch mittels der eigenen landesweiten Präsenz allmählich einen Informationsvorsprung

gegenüber den südafrikanischen Behörden gewonnen zu haben. Obwohl es insbesondere nicht gelang, den extrem tendenziösen Rundfunk unter die Kontrolle von UNTAG zu bringen, war dies die zentrale Voraussetzung für die im November 1989 durchgeführten Wahlen. Doch selbst noch die Autonomie der Konstituierenden Versammlung, die aus diesen Wahlen hervorging, musste Ahtisaari in zähen Verhandlungen gegenüber Pienaar durchsetzen, der für sich ein Weisungsrecht während der Ausarbeitung der Verfassung des künftigen unabhängigen Staates forderte. Solche Details unterstreichen noch einmal nicht nur den Charakter des mit Apartheid gekennzeichneten damaligen südafrikanischen Herrschaftssystems, sondern auch die Bedeutung, den die Transition in Namibia für den Veränderungsprozess in Südafrika selbst gewann. In die Tätigkeit von UNTAG fielen so wichtige Daten wie die Ablösung des Präsidenten P. W. Botha durch F. W. de Klerk und die Aufhebung des Verbotes der Organisationen der Schwarzen, vorab des ANC. Wie Thornberry deutlich macht, verschränkte sich dies schließlich mit den weltpolitischen Umbrüchen: Der Fall der Berliner Mauer verdrängte die erfolgreichen Wahlen in Namibia aus den Schlagzeilen.

Thornberry gibt zweifellos eine interessante Darstellung aus erster Hand, unvermeidlich aus spezifischer Perspektive. Ein Großteil des Buches besteht aus immer wieder eingeschobenen, oft viele Seiten umfassenden Tagebuchaufzeichnungen auf der Grundlage von Tonbändern. Deren Quellenwert bleibt leider unklar, weil nirgends genau gesagt wird, worauf genau diese Texte beruhen und andererseits eine spätere Redaktion wenigstens stellenweise (172, 249) unverkennbar ist.

Die abschließenden Schlussfolgerungen scheinen mir im Vergleich zu der – durchaus für sich stehenden – eigentlichen Darstellung

eher mager ausgefallen. Doch kann dies nicht überraschen, denn Thornberry selbst betont, dass jeder UN-Friedenseinsatz ganz unterschiedlichen Bedingungen unterliege und dementsprechend keine allgemeinen Handlungsanweisungen zu erwarten sind, die über Hinweise auf die Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Komponente, die Bedeutung eines konsensuellen Verhaltenskodex für die Vorbereitung von Wahlen oder auch die keineswegs selbstverständliche ausreichende finanzielle Ausstattung einer Mission und die Eindeutigkeit ihres Mandats sowie dessen Konsistenz auch im Verhalten der UN-Diplomatie hinausgehen. Wesentlich ist zweifellos auch, dass die UN-Missionen – im Gegensatz gerade zu vielen Wunsch- oder Schreckensbildern, die von UNTAG 12 Jah-

re lang in Umlauf waren – Neutralität wahren sollten, schon um glaubwürdig vermitteln zu können.

Die UNTAG-Erfahrung, die nicht zuletzt auch die erstmalige Beteiligung Deutscher – damals aus beiden deutschen Staaten – an einer UN-Mission markiert, stand an einem einzigartigen Wendepunkt der internationalen Beziehungen. Über Thornberrys Überlegungen hinaus ließe sich darüber nachdenken, inwieweit der unbestreitbare Erfolg von UNTAG späteren, oft weit fragwürdigeren Formen des *Peacekeeping* – sowohl unter dem Dach der UN wie allzu oft auch ohne diese wesentliche Voraussetzung – mehr Legitimität verliehen hat, als ihnen eigentlich zuzugestehen wäre.

Reinhart Kößler

## Eingegangene Bücher

- Becker, Felicitas; Beez, Jigal (Hg.): *Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907*. Berlin: Ch. Links 2005, 235 S.  
ISBN 3-86153-358-8
- Beck-Gernsheim, Elisabeth: *Wir und die Anderen: Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, 236 S.  
ISBN 3-518-41607-3
- Bello, Walden: *De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung*. Herausgegeben von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann. Hamburg: VSA-Verlag 2005, 166 S.  
ISBN 3-89965-091-3
- Brand, Ulrich: *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg: VSA-Verlag 2005, 220 S.  
ISBN 3-89965-116-2
- Brot für die Welt (Hg.): *Gesichter des Hungers. Der HungerReport*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2005, 139 S.  
ISBN 3-86099-799-8
- Brühl, Tanja u.a. (Hg.): *Unternehmen in der Weltpolitik. Politiknetzwerke, Unternehmensregeln und die Zukunft des Multilateralismus*. Bonn: J.H.W.Dietz 2004 (Reihe Eine Welt, Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 9), 288 S.  
ISBN 3-8012-0348-4
- Brunnengräber, Achim; Klein, Ansgar; Walk, Heike (Hg.): *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 400), 446 S.
- Butalia, Urvashi (Hg.): *The disenfranchised Victims of Development in Asia*. Hong Kong: Arena Press 2004, 354 S.  
ISBN 962-7156-13-2
- Buur, Lars; Kyed, Helene Maria: *State Recognition of Traditional Authority in Mozambique. The Nexus of Community Representation and State Assistance*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2005 (Discussion Paper 28), 30 S.  
ISBN 91-7106-547-4  
(el. Version: ISBN 91-7106-548-2)
- Caspari, Alexandra: *Evaluation der Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit – Zur Notwendigkeit angemessener Konzepte und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004 (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung 3), 290 S.  
ISBN 3-531-14432-4
- Castells, Manuel: *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 296 S.  
ISBN 3-8100-3593-9
- Chomsky, Noam: *Pirates and Emperors. Terrorismus in der „Neuen Weltordnung“*. Grafenau: Trotz-

- dem Verlagsgenossenschaft 2004, 320 S.  
ISBN 3-931786-32-3
- De Jong, Willemijn; Roth, Claudia; Badini-Kinda, Fatoumata; Bhagyanath, Seema: *Ageing in Insecurita – Vieillir dans l'insécurité. Case Studies on Social Security and Gender in India and Burkina Faso – Sécurité sociale et genre en Inde et au Burkina Faso. Études de Cas*. Münster: Lit Verlag 2005 (Schweizerische Afrika-studien – Études africaines suisses 5), 394 S.  
ISBN 3-8258-7846-5
- Dorling, Danny: *Human Geography of the UK*. London/Thousand Oaks/New Dehli: Sage Publications 2005, 200 S.  
ISBN 0-7619-4135-3
- Eriksson, Hans; Hagströmer, Björn: *Chad – Towards Democratisation or Petro-Dictatorship?* Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2005 (Discussion Paper 29), 81 S.  
ISBN 91-7106-549-0
- Fernweh – Forum Tourismus & Kritik im Informationszentrum 3. welt (iz3w) (Hg.): *Ready for Tourism? Wiederaufbau und soziale Konflikte nach dem Tsunami in Südthailand*. Essen: Asienstiftung 2005 (Focus Asien. Schriftenreihe des Asienhauses 22), 54 S.  
ISBN 3-933341-27-2
- Förster, Larissa: *Land and landscape in Herero oral culture: Cultural and social aspects of the land question in Namibia*. Windhoek: Konrad-Adenauer-Stiftung/Namibia Institute for Democracy 2005, 20 S.
- Friedrich, Rudi (Hg.): *Gefangen zwischen Terror und Krieg? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Geschichten – Analysen – Positionen*. Grafenau: Trotzdem Verlagsgenossenschaft 2002, 156 S.  
ISBN 3-931786-29-3
- Haug, Wolfgang (Hg.): *Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen*. Grafenau: Trotzdem Verlagsgenossenschaft 2003, 96 S.  
ISBN 3-931786-31-5
- Hoffmann, Bert: *The Politics of the Internet in Third World Development. Challenges in Contrasting Regimes with Case Studies of Costa Rica and Cuba*. New York/London: Routledge 2004 (Latin American Studies: Social Sciences and Law), xx + 321 S.  
ISBN: 0-415-94959-9
- Hudson, Ray: *Economic Geographies. Circuits, Flows and Spaces*. London/Thousand Oaks/New Dehli: Sage Publications 2005, 242 S.  
ISBN: 0-7619-4893-7
- Geißler, Rainer; Pöttker, Horst (Hg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss - Forschungsstand – Bibliographie*. Bielefeld: transcript 2005, 546 S.  
ISBN 3-89942-280-5
- Kößler, Reinhart; Kumitz, Daniel; Schultz, Ulrike (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Provokationen der Moderne*. Gerhard Hauck zum 65. Geburtstag. Münster: Westfälisches Dampfboot 2005 (PERIPHERIE-Sonderband 1), 280 S.  
ISBN 3-89691-610-6
- Kurtenbach, Sabine; Binkner-Bünjer, Mechthild; Steinhilf, Andreas (Hg.): *Die Andenregion – eine neuer Krisenbogen in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Vervuert 2004 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Hamburg 59), 434 S.  
ISBN 3-86527-105-7
- Lang, Anna Marianne: *Traditionale Herrschaft in Südafrika. Anpassungsstrategien und Aushandlungen in einem demokratischen Staat*. Münster: LIT 2004, 432 S.  
ISBN 3-8258-7793-0
- Mönkediek, Rainer; Rolf, Uwe; Stolle, Reinhard (Hg.): *Neue Herausforderungen und Perspektiven im subsaharischen Afrika. Entwicklungspolitisches Versagen und kommerzielle Interessen*. Osnabrück: Sozio-Publishing 2005, 304 S.  
ISBN 3-935431-05-8
- Müller, Johannes; Kiefer, Matthias (Hg.): *Globalisierung der Gewalt. Weltweite Solidarität angesichts neuer Fronten globaler (Un-)Sicherheit*. Stuttgart: Kohlhammer 2005 (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur 12), 158 S.  
ISBN 3-17-018674-4
- Rheinisches JournalistInnenbüro; Recherche International e.V. (Hg.): *„Unsere Opfer zählen sie nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg*. Berlin/Hamburg: Assoziation A, 444 S.  
ISBN 3-935936-26-5
- Rolandsen, Øystein H.: *Guerilla Government. Political Changes in the Southern Sudan during the 1990s*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2005, 201 S.  
ISBN 91-7106-537-7
- Schäfer, Rita: *Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika*. Münster: LIT 2005, 480 S.  
ISBN 3-8258-8676-X
- Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts*, Heft 1/2005, hg. v. Karl Heinz Roth, Angelika Ebbinghaus & Marcel van der Linden. Bern: Peter Lang  
ISSN 1660-2870
- WIDERSPRUCH*. Beiträge zu sozialistischer Politik 48: Europa sozial. Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH–8026 Zürich), 263 S.  
ISSN 1420-0945
- Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Verschweigen – Erinnern – Bewältigen. Vergangenheitspolitik in globaler Perspektive*. Comparativ 14, Heft 5/6. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2004, 318 S.  
ISBN 3-96583-026-9